



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 11. Februar 2014

P131870

Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 zur Einführung eines Evaluierungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz.

Begründung

Mit der vorliegenden Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 erhält das Schengen-Evaluierungsverfahren eine neue Rechtsgrundlage. Mängel bei der Umsetzung oder Anwendung des Schengen-Rechts sollen in Zukunft effizienter behoben, die Zusammenarbeit gestärkt und das gegenseitige Vertrauen gefördert werden. Die Schweiz ist gemäss Art. 2 Abs. 3 i.V.m. Art. 7 des Schengen-Assoziierungsabkommens (SAA; SR 0.362.32) grundsätzlich gehalten, diese Verordnung zu übernehmen. Ausserdem sind von der vorgeschlagenen Übernahme der Sch-Eval-Verordnung kaum kantonale Interessen betroffen. Der Kanton Basel-Stadt verzichtet folglich auf eine Stellungnahme.

